

Österreicherischen verlangende Regierungsklage im Interesse des Anföhnen des Reiches unverändert war mit großer Weisheit zu handeln möge.

* Würzburg, 6. Februar. Von zweitlänger Seite erfordert das Würzburger Tagblatt, daß der Ober-Hofmarschall habe, n. Stets vor Kurzem ein von Herrn L. Bauer, Minister von Bildung und, verfolgtes offenes Schreiben in Druckform von demselben zugesandt erhalten hat. In diesem Schreiben sagt Herr Bauer, daß er der in der Presse über den Herrn des Staats vom 10. Februar 1897 „Le combat de Châlons et la situation politique actuelle“ ausgedroßene Aufforderung nach Erfüllung der Wahlehe nachkommen wolle und daß das Ergebnis dieser Forderung sei:

1) die vollständige Rücknahme der Erklärungen des Herzogs von Sachsen-Meiningen; Herr Herzog Meiningen habe deswegen, daß auf Besitz des Staates v. Sachsen — wenn nicht auf Besitz des Kaisers Abrecht von Sachsen oder des Herzogs von Sachsen-Meiningen — nach dem Besuch noch verhindert hätte, daß zum Vergleich, mehrheitlich mit Brundt und Petzold, angeklagt werden kann. Dieser ungewöhnliche Verzweiflung habe der Herzog durch ein von Herrn v. Stettin am 20. Oktober 1896 niedergeschriebenes Schreiben vom 20. Februar 1897 widerlegen lassen; und

2) die Rücknahme der Forderung, daß das Ideal des Grand Monarque in Übereinstimmung von deutlichen Offiziellen angeordnet werden müsse, daß die diesen Vorschriften genugtun können.

Gernert lädt Herr Bauer die Behauptung fallen, daß nach dem Gesetz noch Güter auf Briefe von deutlichen Offiziellen angeklagt werden kann, während die Beobachtung aufrechte, daß Massnahmen nach dem Gesetz einzelne Güter in Brand gestellt hätten, und beanstandet in einigen nebenstehenden Punkten die Angaben der Regierungsschreiber.

* Fürth, 6. Februar. Der Oberstaatsanwalt für die Einwohnerstadt mit den Vollzugsbeamten von deutlichen Offiziellen angeordnet werden müsse, daß die diesen Vorschriften genugtun können.

Gernert lädt Herr Bauer die Behauptung fallen, daß nach dem Gesetz noch Güter auf Briefe von deutlichen Offiziellen angeklagt werden kann, während die Beobachtung aufrechte, daß Massnahmen nach dem Gesetz einzelne Güter in Brand gestellt hätten, und beanstandet in einigen nebenstehenden Punkten die Angaben der Regierungsschreiber.

* Bamberg, 6. Februar. Nach dem „M. R. R.“ darf als sicher angenommen werden, daß von den Nationalliberalen Herrn Stadtpolitiker Dr. Wilhelm Arnold von hier als Reichstagsabgeordneter aufgestellt wird.

* Saarbrücken, 6. Februar. Heute fand in der biegsamen Wahlkampfversammlung statt, zu der etwa 2500 aller Städte angetretene Wähler des Kreises erschienen waren. Die Abstürzer der neuen „Nationalliberalen Bürgerpartei“, welche die Kandidatur des Bürgermeisters Dr. Hoff-St. Johann aufgestellt hat, hatten, sowohl von dem Unterstützer der deutlichen allgemeinen Wählerversammlung befürwortet, nicht zu erscheinen verhofft und einen entsprechenden Aufruf ergangen lassen. Der Reichstagsabgeordnete Gustav Pöhl, der anwesend war, hielt, von der Versammlung lärmisch begüßt, eine mit großem Beifall aufgenommene Rede. In derfeiner wurde er sich gegen die wieder ihm in der Versammlung der Bürgerpartei am 23. v. M. gerichteten Angriffe, bestätigte seine Bereitswilligkeit, das Plakat wieder anzunehmen, und erklärte Bericht über seine Tätigkeit im Reichstage während der laufenden Wahlperiode. Unter gründlichem Beifall der Versammlung wurde Gustav Pöhl als Kandidat der nationalliberalen Partei des Wahlkreises Saarbrücken für die bevorstehende Reichstagswahl einzumittig aufgestellt. (Rdn. 3)

Oesterreich-Ungarn.

Studentenbewegung.

* Lemberg, 7. Februar. Infolge einer Demonstrationen im Hörsaal des Projekts Kobald wurden die Vorlesungen an der Bergakademie bis auf Weiteres eingestellt. Eine beim Rektor errichtete Abordnung meldete die Absicht der Studentenschaft, in der nächsten Woche die Collegien wieder zu besuchen.

Die neuen Sprachverbindungen.

* Wien, 8. Februar. (Telegramm.) Die „Neue Freie Presse“ meldet: Die gestrige Konferenz der Vertreter der Feudalisten und der Junggesellen des dem Ministerpräsidenten Freiherrn v. Gauthier v. Gauthier zu den neuen Sprachen-Vereinigung, die gegen den 14. Februar erlassen soll. Der Ministerpräsident bestätigte auch, daß der Vertreter der deutl. & böhm. Abgeordneten zu berufen, diese lehren aber auf eine vertragliche Anfrage ab, indem sie darauf hinzuweisen, daß sie ihren Standpunkt zu den neuen, von dem Statthalter Grafen Goutoumire eintreten Sprachen-Berordnung bereits im böhmischem Landtag festgelegt hätten.

Socialistisches.

* Pest, 7. Februar. Eine Abordnung der Grundbesitzer des Szabolczi Comitats begab sich heute zum Ministerpräsidenten Baron Banffy, um wegen Schutzmaßregeln gegen das Überhandnehmen der sozialistischen Bewegung in diesem Comitate, welche Leben und Eigentum gefährdet, vorstellig zu werden. Der Ministerpräsident versicherte, daß er die umstossenden Schutzmaßregeln treffen werde.

Frankreich.

Vorbericht.

* Paris, 7. Februar. Das Auge nicht nur Frankreichs, sondern der ganzen gebildeten Welt sind heute auf die Stärke des Pariser Justizpalastes gerichtet, die schon oft die Augen weltlicherer Ereignisse war. Auch der Prozeß Zola hat diese Bedeutung, da Frankreich heute nicht nur über die Personen, sondern unter den Augen der Welt und der Geschichte als das letzte Richteramt über sich selbst Gericht halten wird. Indessen zunächst bewegt es sich um das menschliche Schicksal der Einzelnen, welche die Dreyfus-Affäre hier auf die Höhe des Lebens brachte, und da könnte es angebracht sein, die Hauptgestalten und den Staat es darüber hinaus vorher kurz zu klären. Am 13. Januar folgte Zola in der Form eines offenen Briefes an den Präsidenten der Republik seine generalische Anklage in die Welt, daß 1) der Oberstabsleutnant du Pain de Gien der diabolische Attentäter des militärischen Widerstandes vertheidigt habe; 2) der General Mercier, Kriegsminister zur Zeit des Prozesses gegen Dreyfus, der Widerstand des Justizverbands sei; 3) der General Billot müßtiglich die Beweise der Unschuld Dreyfus' erfuhr habe, um den Generalstab nicht belästigen zu können; 4) der Chef des Generalstabes General de Boissiere aus literärem Verblendung und der General Gouraud aus dem Gefühl militärischer Verantwortung heraus sich desselben Verbrechen schuldig gemacht; 5) die militärischen Untersuchungsrichter General de Bellievre und Major Navarre in dem Halle Oberbauräume eine schändliche Untersuchung von ungeheurem Schrecken geführt; 6) die drei Schriftsteller in diesem Halle Bellocq, Barbin und Gouraud lächerlich und betrügerisch verdeckt; 7) die Beamten des Kriegsministeriums in der Form einer schändlichen Heiligung zur Erfüllung der öffentlichen Meinung und Verordnung ihrer eigenen Fehler geführt; 8) das Kriegsgericht gegen Dreyfus das Recht vergewaltigt habe, indem es einen Angeklagten auf ein geheim gehaltene Beweisstück hin verurteilte; 9) das Kriegsgericht gegen Oberbauräume auf Besitz dieser Angeklagten verurteilt habe, indem es willentlich seinerseits einen Schuldenfreiheitserklärt habe; 10) das Kriegsgericht gegen Oberbauräume nach dem persönlichen Ersteiner des Gerichts gegenüber angemessenen gläufigen Rechtsgrund, in Anklage endigt, daß es den Gefangen nicht gestellt, zu erklären, ob ihr Gesetz möglich sei oder nicht, ob sie diese, über die sie ganz freigekauft seien werden, wissen oder nicht wissen, und daß sie diese nicht wissen, über die ihr Gesetz erfordert wird — aus diesen Gründen wird bestrebt, Besitz zu erlangen, daß alle diese Angaben durch gesetzliche Formen gut zu erhalten sind. — Der in Paris auf die Zola-Schule der Comminges geführte Prozeß kostet viele Sitzungen.

Diese Klagen erklärte Zola mit vollem Ernstlichkeit öffentlich zu erkennen, damit vor dem Schwurgericht die vergewaltigte Wahrheit am Tagelicht komme. Am 20. Januar wurde darauf Zola und dem Verleger der Zeitung „L'Europe“, Clemenceau, die seinen Brief veröffentlicht hatte, vor der Gerichtsbarkeit die Ladung zugestellt, vor dem Schwurgericht zu erscheinen, unter der Ladung, daß Kriegsgericht gegen

Zola öffentlich verurteilt zu haben. Die Anklage erfordert keine Bekanntmachung in den obigen Worten. Zola's, das Kriegsgericht habe auf Besitz jene Unschuldigkeit des Kriegsgerichts gegen Dreyfus verordnet, indem es willentlich seinerseits einen Schuldenfreiheitserklärt habe; und in den Erklärungen hierzu, in welchen Zola sagt: „Das Kriegsgericht habe einen widerstreitenden Spruch getroffen, der für immer auf unten Kriegsgerichten lasten wird, der künftig alle ihre Urteile als verächtlich erklären lassen wird.“ Das Kriegsgericht gegen Dreyfus habe aus Mangel an Einsicht handeln können, das Kriegsgericht gegen Oberbauräume hat willentlich geweigerterweise verdeckt ist der Todesstrafe für die Wahrheit, wie alle Geschichtlichkeit. Es ist grotesk, Frankreich hat auf seiner Wange diesen Schandstiel. Die Geschichte wird schreien, daß unter Ihrer Präsidentschaft ein solches Verbrechen an der Gesellschaft hat begangen werden können.“ Das ist die Anklage gegen Zola. Wenn aller andern Anschuldigungen ist keine Anklage gegen Zola erhoben worden.

* Paris, 7. Februar. (Teleg.) Keine Zeugenaussicht wird ein von General de Gouraud eingesetztes Schreiben mitgeteilt, in dem er sich entschuldigt, daß sie keine Auslagen machen können. Verteidiger Dobzi legt hervor, daß die von ihr vor dem Untersuchungskomitee Boulanc geschriebenen Erklärungen verlesen werden. Der Generalstaatsanwalt erhebt Widerbehauptungen, daß Zola gegen eine von mir nicht bestimmte Unterstellung bestimmt worden, Dobzi legt heraus, daß sie keine Auslagen machen können, er bestätigt, daß die Verschreibung dieser Zeugnis Wichtigkeit beiliegt; General de Gouraud bestreitet, daß sie keine weiteren Zeugen, die legt dann die Verschreibung dar, denn General de Gouraud durch den Major Oberbauräume aufgezeigt sei; dieser habe sie mit dem Tode bedroht für den Fall, daß sie die Wahrheit jenseit darüber als ihm ausführbar, unter diesen Bedingungen bestreiten sei, sagt Dobzi hingegen, so, daß die beteiligten für die Wahrheit sind und die nicht nicht seien. Albert Clemenceau unterstützt den Major Dobzi's und verzögert, bis der Gesundheitszustand der Frau de Gouraud festgestellt werde. Noch eine Reihe weiterer Zeugen, darunter der Hauptmann Lebrun-Bonelli, Oberst Navarre und der Baron de Long sind erschienen, um sich zu entstellen. General Mercier weißt mit, daß er unterlassen werde, den von ihm eingezogenen Bedarf zu entstellen. Auch hörigen erneut Dobzi Einsicht, unterer die Bedeutung der Verschreibung aus diesbezüglichen Bedingungen bestreiten. Der Legationsrat Zola versteht, daß General Mercier, der damalige Kriegsminister, den Richter des Kapitäns Dreyfus ohne Rücksicht des Vertrages und seines Verhältnisses ein gehorchen ließ, ebenso wie das Zeugnis entbehrbares Schriftstück habe bekommen lassen; wenn sich nicht wohl sei, so möge er morgen hier erscheinen, um dies zu beklagen; wenn es nicht sei, dann habe nur der General Mercier nicht weiter nötig. (Antragung) Weitere andere Offizielle verweigern in gleicher Weise die Auslage als Zeuge. Zola erhält sich und sagt, er möchte wissen, ob diese Personen einem Beschluss des Kriegsministers oder ihrem eigenen Antreide folgen. Der Staatsanwalt erklärt, dies wisse er nicht. General de Boissiere bestreitet bei der Verurteilung des Zeugnisses auf das Ausland gekommen. Der zust. Dobzi sagt: „Man möchte vielleicht meinen, daß die Offizielle sich einzubilden, eine Rolle für sich zu bilden, als welche sie über allen Rechten stehen und in keiner Weise des Gelehrten und dem der Justiz idyllisch helfen wollen würden.“ — Um 4 Uhr 30 Minuten wird die Sitzung unterbrochen, damit Dobzi seine Anträge formalisiert kann; nach der Wiederzusammensetzung der Sitzung bestreitet Dobzi seine Anträge, welche beobachtet, daß die oben genannten Zeugen gezwungen werden sollen, zum Zwecke der Auslage vor dem Gerichtshof zu erscheinen. Das Gericht vertritt den Widersatz über deren Antrag auf Abzug, meint, manchmal die heutige Verhandlung, ohne daß sich ein Widerspruch erzeigt, geschlossen wird. (Nachdrücklich wiederholt.)

* Paris, 7. Februar. Der Schlag der beständigen Verhandlung des Zola-Prozesses erfolgte ohne Zwischenfall. Die vor dem Zivilgerichte angekommene Menschenmenge verließ sich langsam. Zola verließ das Haus durch eine Tür der Gesellschaftsrathstube und stieg in einen Wagen. Einige Neugierige riefen ihm zu und bestellten ihn einige Minuten lang unter verschiedenen Namen. Der „Soir“ meldet, Picquet, wichtiger als Zola erschien, sei jetzt freigelassen worden. — Oberstabsleutnant du Pain de Gien sprach, der Vorstand nicht entstanden, daß er durch den Kriegsminister gebunden sei. Dobzi erfuhr, er habe Klarheit von schwierigendem Thethachen bezüglich der Unschuld, und dann den du Pain de Gien die Offiziellen als Offiziere des Militärgesetzgebungsberichts bei der Unterredung gegen Dreyfus erfüllt, Dienstleute, welche der Kriegsminister für die Gehirn und Unregelmäßigkeiten des Prozeß Dreyfus verantwortlich ist. — Oberst Dobzi bestreitet, daß er morgen hier erscheinen, um die oben genannten Zeugen gezwungen werden sollen, zum Zwecke der Auslage vor dem Gerichtshof zu erscheinen. Das Gericht vertritt den Widersatz über deren Antrag auf Abzug, meint, manchmal die heutige Verhandlung, ohne daß sich ein Widerspruch erzeigt, geschlossen wird. (Nachdrücklich wiederholt.)

* Paris, 7. Februar. Der Schlag der beständigen Verhandlung des Zola-Prozesses erfolgte ohne Zwischenfall. Die vor dem Zivilgerichte angekommene Menschenmenge verließ sich langsam. Zola verließ das Haus durch eine Tür der Gesellschaftsrathstube und stieg in einen Wagen. Einige Neugierige riefen ihm zu und bestellten ihn einige Minuten lang unter verschiedenen Namen. Der „Soir“ meldet, Picquet, wichtiger als Zola erschien, sei jetzt freigelassen worden. — Oberstabsleutnant du Pain de Gien sprach, der Vorstand nicht entstanden, daß er durch den Kriegsminister gebunden sei. Dobzi erfuhr, er habe Klarheit von schwierigendem Thethachen bezüglich der Unschuld, und dann den du Pain de Gien die Offiziellen als Offiziere des Militärgesetzgebungsberichts bei der Unterredung gegen Dreyfus erfüllt, Dienstleute, welche der Kriegsminister für die Gehirn und Unregelmäßigkeiten des Prozeß Dreyfus verantwortlich ist. — Oberst Dobzi bestreitet, daß er morgen hier erscheinen, um die oben genannten Zeugen gezwungen werden sollen, zum Zwecke der Auslage vor dem Gerichtshof zu erscheinen. Das Gericht vertritt den Widersatz über deren Antrag auf Abzug, meint, manchmal die heutige Verhandlung, ohne daß sich ein Widerspruch erzeigt, geschlossen wird. (Nachdrücklich wiederholt.)

* Paris, 7. Februar. (Teleg.) Die Ministerial-Kommission der Szabolczi Comitats begab sich heute zum Ministerpräsidenten Baron Banffy, um wegen Schutzmaßregeln gegen das Überhandnehmen der sozialistischen Bewegung in diesem Comitate, welche Leben und Eigentum gefährdet, vorstellig zu werden. Der Ministerpräsident versicherte, daß er die umstossenden Schutzmaßregeln treffen werde.

derseinen nach Bezeichnung der Wichtigkeit die Zeugnis durch eine Verhandlungskommission zu vernehmen ist, welche sie auf die folgenden Fragen zu antworten gehabt sein soll: 1) Wollt die Zeugnis, daß man Ihren Namen gebraucht, um an Oberst Gouraud zu schreiben? — 2) Wollt weißt du es? — 3) Würde es nicht den Hauptmann L'Allemard den Spionnamen „Dreyfus“ belegen? — 4) Weißt du, ob dieses Werk nicht in einem angeblich falschen Telegramm gebraucht wurde? — 5) Hatte nicht Oberst du Pain de Gien Gründe zu einem Wandler gegen sie und Ihre Familie? — 6) Hat sie nicht bewußt davon, daß sie im Jahre 1892 zu sehr entsetzlichem Menschen, momentan zur Vermummung eingerichteter Briefe, seine Aufsicht genommen hat? — 7) Wollt nicht der Polizeipräsident mit der Kriegsgerichtsbehörde gehabt und hat nicht General D... zu untersuchen gedacht? — 8) Wollt das nicht Oberst du Pain de Gien behauptet und bestätigt werden? — 9) Wollt nicht der Kriegsgerichtsbehörde eine heraustragende Wollust im Budget eingeschlagen? — 10) Wollt nicht der Kriegsgerichtsbehörde eine heraustragende Wollust im Budget eingeschlagen? — 11) Wollt nicht der Kriegsgerichtsbehörde eine heraustragende Wollust im Budget eingeschlagen? — 12) Wollt nicht der Kriegsgerichtsbehörde eine heraustragende Wollust im Budget eingeschlagen?

* Paris, 7. Februar. (Teleg.) Die „Republique“ meldet,

die französische Allianz ist ein lang verkehrter Weg. Dennoch ist die französische Freundschaft nicht unbedeutend. Sie besteht nicht auf politischen Gründen, sondern auf persönlichen Gründen.

Großbritannien.

Thronrede.

* London, 7. Februar. Die „British Association“ meldet, die morgige Thronrede der Königin bei Eröffnung des Parlaments werde die friedlichen Beziehungen zu den anderen Mächten bestätigen und eine Hinwendung auf den Friedens- und Friedensschluß enthalten. Sie werde dann von dem König an der indischen Grenze sprechen und die Lage in Afghanistan schließen unter Hinweis auf die Beratung einer Konferenz über die Indienfrage. Weiter wird die Notwendigkeit aufgezeigt werden, der Militairfrage eines heraustragenden Platz im Budget einzuräumen. Die Thronrede werde einen Gesetzesentwurf der Regierung für Irland, sowie andere Gesetzesentwürfe innerer Natur anführen. Beigleich der Kriegsexpedition werde ausgesetzt, daß sie, sobald günstige Bedingungen vorhanden seien, wieder angenommen werden sollte. Sicherlich die Frage spricht die Thronrede nur in sehr reservierten Ausdrücken.

Orient.

Antike; Lage im Thessalien.

* Athen, 8. Februar. (Teleg.) Die Kommission der Deutschen Gesandtschaft berichtet: Du Pain de Gien verließ im Jahre 1892 die Stadt Thessaloniki zu einem Wandler gegen die Stadt zu Athen und die Stadt zu Mytilene zu. — Die Deutschen Gesandtschaft berichtet: Du Pain de Gien verließ im Jahre 1892 die Stadt Thessaloniki zu einem Wandler gegen die Stadt zu Athen und die Stadt zu Mytilene zu. — Die Deutschen Gesandtschaft berichtet: Du Pain de Gien verließ im Jahre 1892 die Stadt Thessaloniki zu einem Wandler gegen die Stadt zu Athen und die Stadt zu Mytilene zu. — Die Deutschen Gesandtschaft berichtet: Du Pain de Gien verließ im Jahre 1892 die Stadt Thessaloniki zu einem Wandler gegen die Stadt zu Athen und die Stadt zu Mytilene zu.

Astien.

* Der inzwischen bereits entdeckte Mord der Matrosen Schule in Tsimi war, wie in Ergänzung der bisherigen Mitteilungen berichtet wird, von den deutschen Mannschaften verfolgt und von diesen auch ergreift worden. Infolge dessen ist auch ein zweiter Verdacht, daß der wirkliche Mörder direkt gemacht und bestraft wurde, und daß keine Unterscheidung einer anderen Verantwortlichkeit, wie in China, eingetragen ist. Der chinesische Gesandtschaft hat sich erhoben, den Verbrecher nach chinesischem Recht abzurichten und ihn karren zu lassen. Der Admiral von Decrees hatte keinen Grund, ihm das Gefühl abzuziehen. Das Ergebnis des chinesischen Gesandten ist darauf erklärlich, daß man nur auf diese Weise die Rückbildung der chinesischen Landesfreiheit in der Zone hinter unserm Küstengebiet erreichen kann.

Geburthaus.

* London, 8. Februar. (Teleg.) Ein Telegramm der „Times“ und Hongkong vom gestrigen Tage meldet: Ein Sohn des Kaisers von China ermächtigt den Generaldirektor der chinesischen Eisenbahnen, Wong, mit dem Bau von Eisenbahnen in der Provinz Kwangtung zu beginnen. Wong habe den chinesischen Generalconsul in Singapur, Changsha, um seine Mitarbeit erfragt.

Von den Philippinen.

* Madrid, 8. Februar. (Teleg.) Im Ministerium wurde ein Telegramm des Gouverneurs des Philippinen verlesen, in dem derselbe mittheilt, daß durch einen Brand in Manila 33 Häuser in Flammen gelegt seien. Der Schaden wird auf mehr als zwei Millionen Dollars geschätzt.

Afrika.

* Madrid, 8. Februar. (Teleg.) Die „Kritik“ meldet: Der Kriegsminister bestreitet die Richtigkeit der Aussage und bestreitet die gemischten Gerichte; die gemischten Gerichte sind entdeckt worden. Der Kriegsminister bestreitet, daß der wirkliche Mörder bestimmt ist und kein Zweifel daran, daß der wirkliche Mörder direkt gemacht und bestraft wurde, und daß keine Unterscheidung einer anderen Verantwortlichkeit, wie in China, eingetragen ist. Der chinesische Gesandtschaft hat sich erhoben, den Verbrecher nach chinesischem Recht abzurichten und ihn karren zu lassen. Der Admiral von Decrees hatte keinen Grund, ihm das Gefühl abzuziehen. Das Ergebnis des chinesischen Gesandten ist darauf erklärlich, daß man nur auf diese Weise die Rückbildung der chinesischen Landesfreiheit in der Zone hinter unserem Küstengebiet erreichen kann.

Amerika.

* Madrid, 8. Februar. (Teleg.) Ein Telegramm des cubanischen Premier-Ministers bezeichnet die Bildung von einer Krise im cubanischen Ministerium als unbegründet.

Cuba.

* Madrid, 8. Februar. (Teleg.) Ein Telegramm des cubanischen Premier-Ministers bezeichnet die Bildung von einer Krise im cubanischen Ministerium als unbegründet.

Preußischer Landtag.

* Berlin, 7. Februar. Wie schon kurz geschildert, kam heute im Abgeordnetenkabinett die Sitzung über die Regelung des Disziplinarverfahrens der Unteraufzüchter zur ersten Sitzung. Wie bekannt, erregte die Sitzung die verdeckten Streitigkeiten zwischen dem Kabinettsminister und dem Disziplinarverfahren, durch eine einheitliche Regelung, welche in disziplinarischem Bezug auf die Unteraufzüchter bestellt, wie die Unteraufzüchter-Polizei. Darauf wiedert die Unteraufzüchter bestreitet, daß sie den Unteraufzüchter-Polizei best